PETER VON POLENZ

Vom Sprachimperialismus zum gebremsten Sprachstolz. Das 20. Jahrhundert in der sprachenpolitischen Geschichte der deutschsprachigen Länder

Abstract

In der sprachenpolitischen Entwicklung Mitteleuropas beginnt das 20. Jahrhundert mit aggressiven Wirkungen des preußisch-deutschen Sprachnationalismus, der besonders seit der „konservativen Wende von 1878/79“ (Wehler) zur Legitimierung und Emotionalisierung des neuartigen 'Reichsnationalismus' mit zunehmender Unterdrückung und Verdrängung von Minderheitensprachen sprachimperialistisch wurde, mit Parallelererscheinungen in Österreich-Ungarn. Der Nationalsozialismus führte diese Sprachenpolitik verschärfend weiter mit dem Ergebnis einer (nicht nur sprachenpolitischen) Katastrophe. Äußerer Widerstand gegen deutschen Sprachimperialismus äußerte sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit in der Schweiz als stärkere Distanzierung vom 'Hochdeutsch'-Sprechen, in Luxemburg als Etablierung einer eigenen Nationalsprache, weltweit allgemein als Rückgang von Deutsch als Minderheiten-, Fremd- und Wissenschaftssprache, vor allem in westlichen Ländern. Seit der späteren Nachkriegszeit gibt es zur Schadensbegrenzung Ansätze zur Überwindung des monolingualen deutschen Sprachstolzes: Akzeptanz von Englisch als weltweite Verkehrssprache, kooperatives bilinguales Sprachenrecht für (traditionelle) Minderheiten, Bemühungen um mehr 'Begegnung' mit Nachbarsprachen.

In einer älteren „Deutschen Sprachgeschichte“, von einem der renommiertesten Vertreter der traditionellen Germanistik, findet sich ziemlich am Ende ein kurzes Resümee über den historischen Weg der deutschen Sprache und ihre internationale Stellung in der Gegenwart. Dieser deutschen 'Sprachstolz' demonstrierende Text stammt – trotz der Schlüsselwörter *Volk, völkisch, Führer, Germanentum, Einheit des Bluts* – nicht aus der Zeit des Nationalsozialismus, sondern aus dem späten Wilhelminismus. Er steht in der „Deutschen Sprachgeschichte“ von Friedrich Kluge, die 1920 erschienen, aber wahrscheinlich bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg begonnen worden ist. Einen biographischen und fachgeschichtlichen Exkurs dazu will und kann ich hier nicht unternehmen; ich möchte mich auch an die Warnung von Hartmut Schmidt auf der IDS-Tagung über das 19. Jahrhundert halten, die alte Germanistik nicht als „einheitliches Argumentationssystem“ mißzuverstehen und bei dem, was die

Zehn Jahrtausende und mehr hat sich die Lebensgeschichte unserer Sprache erstreckt. Das Erbe der Väter, das sich stets befestigt und gemehrt hat, bleibt uns ewig treu wie des Himmels Licht. Es hat uns in Zeiten voll Macht und Herrlichkeit gezeigt, wie angestammter Reichtum an innerem Besitz uns in den Mittelpunkt der Weltgeschichte begleitet hat. Es hat uns vom Tiefstand notvoller Zeiten auf die Höhe der Menschheit geführt, wo deutscher Geist in hellem Glanz für uns und für andere strahlt. Ein großes Volk findet große Führer, und unsere Weltstellung bestimmt auch unsere Sprache. Beides entfaltet sich zur höchsten Höhe nur selten. Aber unsere Sprache ist das herrliche Gefäß, in dem Volk und Führer sich und ihre völkische und persönliche Eigenart spiegeln.

Unser Volkstum war Germanentum und ist Deutschtum; das ist die Einheit des Bluts und des geschichtlichen Erlebens. Aus diesen beiden Quellen ist unsere Sprache gewachsen und zu selbständiger Bedeutung unter den Völkern herangereift. Den Urkräften alles Seins dient die Muttersprache immer und ewig. Aber ihre heiligen Aufgaben erschließen sich jedem, der ihr treu dient. Dichter und Denker lehren uns, sie zu lieben und gebieten uns, ihr zu dienen. Sie verheißen uns über Nachbarn Ruhm und Weltherrschaft im Geist und in der Wahrheit. Das sind keine Entwürfe, die der Mensch, der vergängliche Sohn der Stunde, aufbaut auf betrügerischem Grunde.

(aus: Friedrich Kluge, *Deutsche Sprachgeschichte*, Leipzig 1920, S. 340)

alten Germanisten geäußert und getan haben, nicht allzu leichtfertig persönliche politische Biographie mit Fachgeschichte zu vermischen (Schmidt 1991, S. 284 f.). Zu Kluges Biographie ist hier aber wichtig, daß er von 1880 bis 1884 Privatdozent an der „Reichsuniversität Straßburg“ im „Reichsland Elsaß-Lothringen“ war. Ich möchte das Kluge-Zitat lieber in den politisch-historischen Zusammenhang stellen, der anzudeuten ist mit den beiden Tatsachen, daß die Forderung nach Annexion Elsaß-Lothringens etwa einen Monat vor dem Kriegsbeginn 1870 durch einen leidenschaftlichen Appell der Historiker Treitschke, Sybel und Mommsen u. a. und eine breite Pressekampagne propagiert worden ist, ehe sie Bismarck, der sie zunächst als eine „Professorenidee“ ablehnte, in die Kriegsziele aufnehmen ließ (Wehler 1995, S. 324 f.), und daß die radikalnationalistische Politisierung des deutschen Antisemitismus in Berlin nicht nur von dem Hofprediger Stoecker publizistisch angefeuert worden ist, sondern auch sehr wirkungsvoll von Treitschke in den „Preußischen Jahrbüchern“ 1879, was wiederum eine scharfe „Abwehrfront“ von 75 Prominenten, darunter berühmten Berliner Professoren und Oppositionspolitikern, gegen den damals Mode gewordenen „*Rassenhaß und Fanatismus*“ aus-

löste (Wehler 1995, S. 924 ff.). Auch wenn Friedrich Kluge bei seiner Formulierung „*über Nachbarn Ruhm und Weltherrschaft im Geist und in der Wahrheit*“ nur an so etwas wie Luther, Lessing, Goethe und Wissenschaften gedacht haben mag, müssen wir heute den germanistischen Elfenbeinturm verlassen und nach konkreteren sprachgeschichtlichen 'Nachbarn'- und 'Welt'-Beziehungen fragen.

Außer dieser Klugeschen 'Sprachstolz'-Demonstration war mir die Lektüre des 3. Bandes (1849–1914) von Hans-Ulrich Wehlers „Deutscher Gesellschaftsgeschichte“ (1995) Anlaß für diese Themawahl, aber auch die Erinnerung an das Forum „Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten im 19. Jahrhundert“ auf der IDS-Tagung 1990 (Wimmer 1991, S. 95–184), das wir vor allem deshalb eingeplant hatten, weil hier ein Nachholbedarf der traditionellen germanistischen Sprachgeschichtsschreibung bestand: Von deutschsprachigen Minderheiten und Sprachinseln im Ausland war da stets gern die Rede, nicht aber, oder nur einseitig und fragmentarisch, von dem Verhalten der Deutschsprachigen zu ihren eigenen fremdsprachigen Minderheiten und zu anderen Sprachen. Auf dieser Tagung über das 20. Jahrhundert muß dieses Thema weitergeführt werden. Inzwischen ist über diese Themenbereiche ein erfreulich reichhaltiges Angebot neuerer empirischer Forschungsliteratur entstanden, von über 50 Autoren, von denen allen ich viel Neues, viel Genaueres, viel früher Verdrängtes gelernt habe für zwei sehr lang geratene sprachpolitische Kapitel des in Arbeit befindlichen Bandes III meiner „Deutschen Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart“.

Nun zu einigen sprachpolitisch-historischen Fakten: Zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg häufen sich Maßnahmen zur Unterdrückung von Minderheitensprachen und entsprechende Widerstandsaktionen in Grenzregionen des Deutschen Reiches und in Österreich-Ungarn:

- ab 1897: „Badeni-Krise“: Deutschnationale Verhinderung der gesetzlichen Gleichstellung des Tschechischen in Böhmen als Amts- und Gerichtssprache (Sutter 1960; Hutterer 1991; Haider 1996)
- 1898: Geheimes „Gravensteiner Protokoll“: Ausweisung dänischer Sympathisanten und Sprachpatrioten in Schleswig (Petersen 1995)
- 1899–1908: Schulkämpfe in der Provinz Posen: Widerstand gegen das Verbot des Polnischen auch im Religionsunterricht; Schulstreiks, Gefängnisstrafen für Eltern mit Aberkennung des Erziehungsrechts (Glück 1979, S. 289 ff.; Gessinger 1991)
- 1904–08: Verbot des Französischen in Versammlungen, im Landtag, in Volksschulen in Elsaß-Lothringen; Schulkämpfe (Hartweg 1985; Hartweg 1987; Hartweg 1991)
- 1908: Verbot des Dänischen in Versammlungen, Gottesdiensten, im Religionsunterricht in Schleswig (Petersen 1995)
- 1908: Radikalisierung des deutsch-italienischen Sprachenkampfes in Südtirol, auch durch reichsdeutsche Einmischung (Conrad 1993)
- 1914–18: Verbot des öffentlichen Gebrauchs des Französischen, auch auf Schildern, in Elsaß-Lothringen. Widerstand gegen das Französisch-Verbot bei der alten zweisprachigen Minderheit in Ost-Belgien (Hartweg a. a. O.)

In all diesen Fällen deutscher und österreichischer Unterdrückung von Minderheitensprachen bzw. nicht anerkannter Nationalsprachen wird von Historikern stark emotionale Publizität festgestellt, erfolgloser Widerstand sozialistischer, freisinniger, liberaler, katholischer und z.T. auch konservativer Gruppen in Parlamenten sowie kritisches Echo im Ausland. Es war also am Vorabend des Ersten Weltkriegs international offensichtlich, daß in dem halbdiktatorischen ersten deutschen Nationalstaat und in der Nationalstaaten verhindernden Vielvölkermonarchie der Habsburger der deutsche Sprachnationalismus sich verschärfte und vom Stadium des Zwangs zur offiziellen asymmetrischen Zweisprachigkeit immer mehr zur deutschsprachigen Zwangs-Einsprachigkeit überging.

Diese Art von Sprachenpolitik ging über Sprachnationalismus und Sprachhegemonie hinaus und muß – entsprechend der allgemeinen Politik um 1900 – als *Sprachimperialismus* bezeichnet werden. Diesen engeren Begriff 'Sprachimperialismus' möchte ich unterscheiden von dem heute in der Linguistik und Publizistik öfters anzutreffenden metaphorischen Begriff 'Sprachimperialismus', mit dem polemisch übertreibend beispielsweise die heutige Asymmetrie und Dominanz des deutschländischen Deutsch gegenüber dem österreichischen und schweizerischen Deutsch „*linguistic imperialism*“ genannt wird (Clyne 1995a, S. 31; Schmid 1990) oder die heutige Sprachverbreitungspolitik anglophoner Länder für Englisch als weltweite Verkehrs-, Bildungs- und Wissenschaftssprache (Phillipson 1992; Ammon 1991, S. 527; Ammon 1996, S. 263; dagegen Fishman u. a. 1996, S. 8 ff., S. 15 ff.). Unter *Sprachimperialismus* im engeren Sinne der politischen Geschichte ist nicht solche Sprachhegemonie oder Sprachdominanz zu verstehen, sondern deren radikalisiertes Endstadium der bewußt versuchten oder tatsächlichen Sprachverdrängung, des Zwangs zum Sprachwechsel, schließlich der Bewirkung eines Linguocids ('Sprachtodes'). Louis-Jean Calvet (1972, dt. 1978) hat dies polemisch „*Glottophagie*“ ('Sprachenfresserei') genannt und vor allem in Bezug auf die innerfranzösischen und überseeisch-kolonialistischen Auswirkungen der jakobinischen Sprachtheorie dargestellt, nach der seit der radikalen Phase der Revolution in der französischen Republik nur noch das Pariser Französisch als Sprache der 'Freiheit', 'Gleichheit' und 'Wahrheit' zugelassen, also jegliches *patois* und andere Sprachen verdrängt werden sollten (Calvet 1978, S. 138 ff.; Eichinger 1991, S. 100; Hartweg 1985, S. 1953 ff.; Hartweg 1988). Manche nennen es *Sprachkolonialismus*.

Solche glottophagischen Tendenzen gab es in Preußen nicht erst seit der Jahrhundertwende. Abgesehen von der Verdrängung des Niederdeutschen im 16./17. Jahrhundert, sind sie vor allem Auswirkung der Reichsgründung und ihrer verfassungsrechtlichen Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat und Nation, eines „Wandels vom Nationalgedanken des

frühen 19. Jahrhunderts zum aggressiven Nationalismus des imperialistischen Zeitalters“ (Born 1994, S. 22 f.), konkret sichtbar im Protest der polnischen und dänischen Minderheiten, der Elsässer und verfassungsbewußter Oppositionspolitiker sofort nach der Reichsgründung. Beispielsweise für die etwa 2,4 Millionen polnischer Mehrheiten bzw. Minderheiten in den Ostprovinzen, die bis zur Reichsgründung im spätabolutistischen Status königlich preußischer Untertanen lebten und deren Vorfahren (außer in Schlesien) auch nichts mit dem untergegangenen Alten Reich zu tun hatten, bedeutete dies, daß sie plötzlich durch den Bismarckschen ‘Staatsstreich’ der Reichsgründung ungefragt zu Angehörigen eines neuartigen deutschen Nationalstaates gemacht wurden (Wehler 1995, S. 961 ff.). Auf sie wurde in preußischer Weise der rigorose jakobinische Sprachnationalismus angewandt: Als Zwangs-Deutsche sollten sie ihre polnische Nationalsprache aufgeben oder aus diesem Nationalstaat verschwinden. So ist der äußerst scharfe und erfolgreiche Widerstand der polnischen Bevölkerung mit Unterstützung der katholischen Geistlichen gegen die mit der evangelischen Kirche verbündete preußische Verwaltung seit 1872 zu erklären (Glück 1979, S. 237 ff.; Wehler 1995, S. 961 ff.; Gessinger 1991).

Die Unterdrückung der polnischen Sprache, offiziell *Kampf gegen den Polonismus*, *Entpolonisierung* oder *Germanisierung* genannt, wurde bereits in der Bismarckzeit, z. T. vom Reichskanzler selbst, in internen mündlichen und schriftlichen Äußerungen mit dem zynischen rassistischen Vokabular benannt, das wir (historisch kurzzeitig) als „Sprache des Dritten Reiches“ oder „Sprache des Faschismus“ zu bezeichnen gewohnt sind. Da heißt es: *Fremdvölkische, Parasiten, Bazillen, Trichinen, zersetzend, entartet, slawische Flut, ausrotten, ausmerzen, exmittieren, Vernichtung, Germanisierung des Bodens, Lebensraum, Rassenpflege*, usw. (Glück 1979; Wehler 1995, S. 962 f.; Cobet 1973). Auch die dementsprechende Praxis begann schon in der späten Bismarckzeit: 1872 begannen die Verhaftungen und Ausweisungen polnischer Priester. 1885 wurden rund 48.000 Polen und Juden, größtenteils alteingesessene, z. T. verdiente preußische Kriegsteilnehmer, in einer Nacht- und Nebel-Aktion wegen angeblich „ungeklärter Staatsangehörigkeit“ aus den preußischen Ostprovinzen vertrieben, gegen den empörten Widerstand oppositioneller und selbst konservativer Abgeordneter (Wehler 1995, S. 963; Glück 1979, S. 260 ff.). 1872 wurde, im Zusammenhang mit antipolnischen Maßnahmen in Oberschlesien, auch die auf das Verschwinden der *wendischen* Sprache gerichtete preußische Sprachpolitik gegen die Sorben in der Niederlausitz weiter verschärft (Oschlies 1990, S. 21 f.; Gessinger 1991).

Das schlimme 20. Jahrhundert begann also bereits bald nach der Reichsgründung, vor allem durch die antilibérale „konservative Wende von 1878/79“ (Wehler 1995, S. 943 ff., S. 990 ff.), die im Zusammenhang mit der ökonomischen *Gründerkrise* als abenteurliche imperialistische ‘Flucht nach vorn’ den deutschen ‘Sonderweg’ bis zur Katastrophe von 1919 und schließlich bis zur Zerstörung des Deutschen Reiches im Jahre 1945 entscheidend bestimmt hat. Mit diesem von Bismarck und den hin-

ter ihm stehenden Kreisen vorgenommenen Kurswechsel wurde der noch unpopuläre, legitimationsbedürftige Reichsnationalismus wahltaktisch emotionalisiert; immer neue äußere und innere *Reichsfeinde* wurden diskriminiert: Franzosen, Elsässer, Dänen, Engländer, Zarismus, Polen, Slawen, Juden, Liberale, Katholiken, Sozialdemokraten usw. (Wehler 1995, S. 945, S. 952 ff.). Es wurde publizistisch eine „politische Religion“ (Wehler) geschaffen, mit Einheitszwang, Groß- und Weltmachtsucht als Ersatzlegitimation von Herrschaft anstelle des obsolet gewordenen Gottesgnadentums der Fürsten und der ständischen Privilegien, auch zur Verhinderung eines neuen Staatsnationsbegriffs aus parlamentarischer Volkssouveränität. „Heilsfunktionäre“ (Wehler) dieser Ersatzreligion waren nationalprotestantische Pfarrer und Oberlehrer, Beamte, Juristen, Professoren, Studentenverbindungen und andere von „Staatsnähe“ beseelte Bildungsbürger und Akademiker, die – neben Großindustriellen – tonangebend waren in den seit um 1880 vor allem in Berlin wirkenden radikalnationalistischen Vereinen. Diese verbanden in ihrer populistischen Agitation den Reichsnationalismus mit Antipolonismus, Antisemitismus, Kolonialismus und machten diese Ideologien „gesellschaftsfähig“ (Wehler 1995, S. 925 ff.; Glück 1979, S. 274 ff., S. 326 f., S. 375 ff.). Dazu gehörten u. a. die *Christlich-soziale Partei*, der *Deutsche Kolonialverein*, der *Allgemeine deutsche Sprachverein*, die *Deutsche Antisemitische Vereinigung*, der *Alldeutsche Verband*, der *Deutsche Ostmarkenverein*, der *Deutsche Flottenverein*. In Österreich wirkte auch seit den 1880er Jahren eine deutschnational-rassistische Bewegung um Georg v. Schönerer radikalisiert gegen slawische Völker und Juden. Von deren Zielen und Schlagwörtern wurde Hitler in seiner Jugend ideologisch geprägt (Haider 1996, S. 102, S. 128 ff.). – Zur allgemeinen Radikalisierung des Sprachnationalismus in Europa in der Zeit von 1880 bis 1914 s. Hobsbawn 1991, S. 128 ff.

Im Ersten Weltkrieg wurden in Minderheitsgebieten die Maßnahmen militärdiktatorisch verschärft, auch in Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Ostbelgien. 1919 kam im südlichen Österreich der Sprachenkampf zwischen Deutschsprachigen und Slowenischsprachigen hinzu. In der Nazizeit und vor allem im Zweiten Weltkrieg wurden durch gezielte Aktionen im Rahmen der *Volkstums-* oder *Umvolkungspolitik* Hitlers und Himmlers Massenvertreibungen weit größeren Ausmaßes durchgeführt: bei Tschechen, Polen, Slowenen, Elsässern, Ost-Lothringern, und die traditionell-preußische *Entwelschungs-*Politik in Elsaß-Lothringen wurde auch auf die Luxemburger angewandt (Dostert 1985). Über sprachpolitische Menschenverfolgungen und weitere Pläne für die Zeit nach dem propagierten *Endsieg* hat Gerd Simon bedenkenswerte Fakten und Quellen zutage gefördert (Simon 1979; 1986; 1989). Auch *Volksdeutsche* aus dem Osten und aus Südtirol wurden mit Zwang umgesiedelt.

Dem alten deutschen Sprachstolz entsprach auch eine relativ geringe Neigung der Deutschsprachigen (weniger der Deutschschweizer) zum Fremdsprachenlernen seit dem 19. Jahrhundert. Noch in der frühen Goethezeit war Sprachenlernen als Mittel der Bildung und des sozialen Aufstiegs selbstverständlich, vor allem Latein, Französisch, Italienisch, bis in die untere Mittelschicht hinein (Schreiner 1992). In der napoleonischen Zeit hat sich jedoch der politisierte deutsche Sprachnationalismus negativ ausgewirkt (Schröder 1989): Durch deutschnationalistische Publizistik ist das Französische in Deutschland als Sprache der Okkupation und des besiegten Feindes verteufelt worden. Frankophone Französischlehrer wurden durch nur philologisch ausgebildete deutsche Gymnasialprofessoren ersetzt. Französisch – einst auch Sprache der 'Freiheit' und der 'Aufklärung' – wurde reduziert zur Lesesprache literarischer Buchlektüre, in der spätfudalen Oberschicht zur sozialdistanzierenden Konversationssprache *höherer Töchter* und Geheimhaltungssprache gegenüber dem Hauspersonal. Moderne Sprachen überhaupt wurden in Deutschland seit der Restaurationszeit als etwas nur 'Nützliches' geringgeschätzt, höhere 'Bildung' wurde auf monolingualen Muttersprachunterricht und angeblich *deutschem Wesen* gemäße Latein- und Altgriechisch-Philologie konzentriert in „einem für das deutsche höhere Schulwesen wenig rühmlichen Klima aus neuhumanistisch-idealistischer Halbbildung, teutonischer Kraftmeierei und nationalem Dünkel [...], das Rassenhaß begünstigt und das Dritte Reich von langer Hand vorprogrammiert hat“ (Schröder 1989, S. 58). Seit der wilhelminischen Zeit, stärker in den 20er und 30er Jahren, wurde der schon stark zurückgedrängte Französischunterricht durch Englisch als 1. Fremdsprache noch weiter zur kleinen Oberstufen-Zugabe degradiert.

Dem deutschen Sprachimperialismus gegenüber Minderheiten-, Nachbar- und Fremdsprachen entsprach innersprachlich eine Steigerung des Rigorismus in Bezug auf Sprachnormung (Rechtschreibung, Hochlautung), Sprachpurismus und politische Sprachregelung. Auch in diesen Bereichen spielt die wilhelminische Zeit eine bedeutende Rolle, ebenso wie, nach einer kurzen Liberalisierungsphase in der frühen Weimarer Zeit, die nationalsozialistische Diktatur solche sprachpolitischen Einstellungen und Aktivitäten verstärkte.

Allerdings konnte sich das Deutsche Reich im diplomatischen Sprachgebrauch und in der auswärtigen Sprachverbreitungspolitik vor Hitler noch keinen wirklichen Sprachimperialismus leisten. Als Sprache der Diplomatie und der internationalen Verträge hat die deutsche Sprache nach der bei Ammon (1991, S. 282 ff.) ausgewerteten Forschungsliteratur niemals eine bedeutende Rolle gespielt. Selbst Bismarck hat daran nichts ändern können. Die auswärtige Sprachförderungs- und -verbreitungspolitik in der wilhelminischen Zeit verdient noch nicht die Bewertung 'sprach-

imperialistisch' (Ammon 1991, S. 530 ff.; Düwell 1976, S. 268 ff.; Düwell/Link 1981): Die von Erfolgen der britischen und französischen auswärtigen Kulturpolitik angeregte weltpolitisch motivierte Sprachwerbung war nationalegoistische Imagearbeit, nicht viel Anderes als ökonomische Warenwerbung für deutsche Industrieprodukte, seit 1906 in einem wirtschaftsliberalen Kreis um Friedrich Naumann und in zahlreichen Auslandsvereinen sogar als antimilitaristische, kulturautonome Vorstufe der späteren Arbeit des Goethe-Instituts zu verstehen (Kloosterhuis 1981). Die Politisierung der gemäßigten *kulturpolitischen* Auslandsarbeit vieler halboffizieller und privater Institutionen, auch des *Vereins für das Deutschtum im Ausland*, wurde erst in den späten 20er Jahren unter nationalsozialistischem Einfluß sprachimperialistisch, indem deutsche Sprachminderheiten im Ausland als 'Fünfte Kolonne' für deutsche Machtpolitik und Kriegshetze mißbraucht wurden (Ammon 1991, S. 532).

Es gab innere und äußere Opposition gegen den deutschen Sprachimperialismus. Die Opposition im Reichstag und in Landtagen, in der Presse, auch in der Zunft der Sprachexperten innerhalb und außerhalb der Germanistik mußte noch genauer untersucht werden; aber sie blieb ja leider ohne Erfolg. Sprachgeschichtlich relevanter ist die Distanzierungsbewegung in südwestlichen Nachbarländern des Deutschen Reichs, in der Schweiz und in Luxemburg, wo in unterschiedlicher Weise die alte Tradition des deutsch/französischen Bilinguismus gegen den reichsdeutschen Monolinguisimus früher oder später verteidigt werden mußte.

In der Schweiz begann diese Opposition bereits um 1900 als verhaltener Widerstand gegen die reichsdeutsche Standardsprachdominanz (Sonderegger 1985, S. 1921 ff.; Ammon 1995, S. 231 ff.): Der Große Rat des Kantons Bern weigerte sich, gegen Züricher Verhochdeutschungstendenzen, das *Hochdeutsche* als Verhandlungssprache zu verwenden. Die teilweise norddeutsch orientierte Siebssche „Deutsche Bühnenaussprache“ wurde als „nach preußischem Schnabel geschliffene Aussprache“ abgelehnt. Zur Zeit der nationalsozialistischen Bedrohung bemühten sich unter der Losung „geistige Landesverteidigung“ deutschschweizerische Sprachpatrioten um die Etablierung einer eigenen Sprache *Schwyzertütsch* oder *Alemannisch*, allerdings ohne Erfolg. Im Jahre 1938 wurde als ostentatives anti-sprachimperialistisches Signal gegen italienischen Irredentismus und deutschen Nationalsozialismus das Bündnerromanische mit überwältigender Mehrheit als 4. Nationalsprache anerkannt. So ist auch die bis heute immer weiter voranschreitende deutschschweizerische Vermeidung gesprochener deutscher Standardsprache im innerschweizerischen Verkehr in Medien und Öffentlichkeit, also die scharfe Diglossie zwischen Dialekt als Nationalsymbol eines viersprachigen Landes und als fremd empfundenem Schriftdeutsch, zu erklären als wirksame praktische Abwehr gegen den deutschländischen Sprachstolz, der heute manchmal dadurch beschämend gebremst wird, daß Bundesdeutsche von jüngeren Deutschschweizern mitunter in Englisch als *Lingua franca* angesprochen werden.

Ebenfalls schon vor dem Ersten Weltkrieg begann die defensive sprachseparatistische Bewegung in Luxemburg (Hoffmann 1979; Dostert 1985): 1912 war das Letzeburgische als Unterrichtsfach in Volksschulen eingeführt und 1938 im Anschluß

an die Unabhängigkeitsfeiern per Gesetz zur obligatorischen Nationalsprache gemacht worden. Die Folgen der Sprachunterdrückung durch das deutsche Besatzungsregime, der die luxemburgische Bevölkerung in beispielhaftem basisdemokratischem Widerstand begegnete, sind ein bedenkenswertes sprachgeschichtliches Lehrstück: Durch bewußtes sprachpolitisches Verhalten, angeführt von der Großherzogin über BBC im Exil, und durch kompetente Sprachplanung in der Nachkriegszeit ist eine neue Nationalsprache neben Französisch geschaffen und das Deutsche in einer erstaunlichen Dreisprachigkeit auf den dritten Platz jenseits nationaler Identifikation verwiesen worden.

Auch der Rückgang deutscher Minderheitensprache und der Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache in aller Welt, besonders der westlichen in und nach beiden Weltkriegen (Ammon 1991, S. 423 ff.) ist als Reaktion auf deutschen Sprachimperialismus zu erklären. Dies alles waren zeitgeschichtlich konsequente Symptome für die große Krise des reichsdeutschen Sprachstolzes, die auch in der Germanistik viel zu spät wahrgenommen und ernstgenommen wurden. Das Ende des deutschen und österreichischen Sprachimperialismus durch die beiden internationalen Friedensordnungen von 1919 und 1945, mit ihren folgenreichen Veränderungen durch willkürliche Grenzziehungen, durch Befreiung alter und Entrechtung neuer Sprachminderheiten, schließlich durch millionenfache Flucht und Vertreibung, ist zu bekannt, als daß ich es hier kommentieren müßte. Im Rahmen der mitteleuropäischen Sprachengeschichte ist nun danach zu fragen, ob und inwieweit sich in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, nach dem Verschwinden der beiden imperialistischen deutschsprachigen Staatsgebilde, am Verhältnis der Deutschsprachigen zu Sprachminderheiten, Nachbar- und Fremdsprachen etwas geändert hat.

Es ist ein grundsätzlicher Fortschritt im sprachpolitischen Denken in einigen Teilen Mitteleuropas, daß – nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit – wenigstens für einige der Sprachminderheiten (im traditionellen Sinne) allmählich kooperative Lösungen mit einigermaßen geregelter Zweisprachigkeit gefunden werden konnten: für deutschsprachige Minderheiten in Nordschleswig, in Ost-Belgien, in Südtirol, in Ungarn (Born/Dickgießer 1989), für nicht-deutschsprachige Minderheiten: die dänische in Südschleswig, die sorbische in der Lausitz, die ladinische in Südtirol. Daß für sehr kleine, isolierte Sprachminderheiten wie Sorbisch, Friesisch, Rätomanisch die Sprach-Erhaltung nach wie vor gefährdet erscheint, hängt mit Bedingungen der modernen Industriegesellschaft zusammen, die mit Sprachimperialismus im eigentlichen Sinn nicht viel zu tun haben: Urbanisierung, Industrialisierung, Bevölkerungsmobilität, Tourismus, Massenmedien usw. Im allgemeinen sprachpolitischen Bewußtsein ist nach Ulrich Ammon (1991, S. 86 ff.) „ein Teil des möglichen Konfliktstoffes zwischen sprachlicher Minderheit und Mehrheit heutzutage dadurch abgebaut, daß die

Kenntnis der Mehrheitssprache unter den Minderheiten weit fortgeschritten ist“ und daß staatsnationale Zweisprachigkeit, auch auf Kosten des Muttersprachgebrauchs, nicht mehr als irredentistisch zu beklagendes oder zu korrigierendes Unglück bewertet wird, sondern als ganz normale Entwicklung, die individuelle soziale Chancen der betroffenen Individuen als Staatsbürger moderner, postnationalistischer Staaten fördert und gegebenenfalls „besonders günstige sprachliche Voraussetzungen“ dafür bietet, daß zweisprachige Minderheiten „Vermittlerdienste zwischen den Staaten oder Nationen leisten“ (Ammon a. a. O.). Es ist dabei allerdings wichtig, daß man die gefährlich polyseme Bezeichnung *deutsch* vermeidet und durch *deutschsprachig* ersetzt. – Es gibt jedoch andere Minderheitenregionen, in denen die sprachenrechtlichen Probleme noch keineswegs befriedigend gelöst sind. Dies gilt auch für die neuartigen Sprachminderheiten, die in deutschsprachigen Ländern seit der Nachkriegszeit durch Arbeitsimmigration, Aussiedlung und Asylsuche entstanden sind. Darüber habe ich die vielfältige Forschungsliteratur noch nicht genügend rezipieren können und ich hoffe, aus dem Vortrag von Herrn Hinzenkamp auf dieser Tagung viel zu lernen.

Für eine Entwicklung zu mehr Sprachtoleranz gab es in der Nachkriegszeit in den beiden deutschen Staaten, besonders dem westlichen, günstige äußere Bedingungen: Der Untergang Preußens und des Deutschen Reiches, kulturelle Dezentralisierung durch eine stark föderative Verfassung, eine mehr staatsnationale Tendenz im Sinne von Verfassungspatriotismus, europäische Integrationspolitik, stärkere Bevölkerungsmischung durch Flucht, Vertreibung, Arbeitsimmigration und berufliche Mobilität, Abbau elitärer Bildungsprivilegien durch Massenstudium und Massenmedien, mehr Sprachenkontakte durch Internationalisierung, Tourismus, Partnerschaften und Audiomedien, usw.

Die Begegnung mit anderen Sprachen wird einerseits systematisch erschwert dadurch, daß in Deutschland und Österreich in Hörfunk und Fernsehen fremdsprachige Rede meist durch totale Synchronisation ferngehalten wird, anstatt mehr mit sprachlernfördernden Untertiteln zu arbeiten (wie z. B. in den Niederlanden und skandinavischen Ländern), andererseits wird sie rein formal gefördert durch Kleinigkeiten wie z. B. fremdsprachige Ortsnamensformen in Fahrplänen, Flugplänen, auf grenznahen Verkehrsschildern, Originalaussprache fremdsprachlicher Namen in Hörnachrichten. Die neue Offenheit gegenüber fremdsprachlichen Elementen zeigt sich in je nach Textsorte häufigen Interferenzen und Entlehnungen, in fremdsprachlichen Texten ganzer Sachbereiche. Der allgemeine Rückgang des deutschen Fremdwortpurismus bis zu verhaltener, resignierter Anglizismuskritik – anders als in Frankreich – ist in der Sammlung „Kontroverse Begriffe“ von Stötzel, Wengeler u. a. (1995, S. 245 ff.) beschrieben. Hier geht gebremster Sprachstolz z. T. in geschwächte Sprachloyali-

tät über, was sprachpuristische Kritiker im In- und Ausland beanstanden, die kein Verständnis dafür haben, daß es etwas ganz Normales ist, wenn Nachkriegsdeutsche sich um mehr Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Sprachen bemühen, und daß die deutsche Sprache seit langem und immer mehr eine Mischsprache ist wie das Englische (Munske 1988). Daß Wandel des Fremd- und Lehnwortgebrauchs viel mit Sprachgesinnungswandel zu tun hat, wird z. B. daran deutlich, daß Wörter aus dem Jiddischen heute zunehmend in deutscher Publizistik und in der Jugendsprache gern verwendet werden, und zwar in neuartiger, nicht mehr antisemitischer, teilweise spielerischer Weise (Althaus 1995).

Wie steht es mit dem Fremdsprachenlernen in Deutschland und Österreich? In zahlreichen Denkschriften, Empfehlungen, Verordnungen und Abkommen wurde seit 1945 immer wieder auf das hingewiesen, was die stark monolingualen Deutschsprachigen zur Verbesserung der Völkerverständigung besonders nötig hatten: Vermehrung und Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts, vor allem früherer Beginn im Kindesalter, Verwendung als Unterrichtssprache in bestimmten Sachfächern und „Diversifikation“ in Bezug auf Nachbarsprachen, kleinere Sprachen und Minderheitensprachen (Christ 1980; 1991; Christ/Liebe 1981). Was sich aber wirklich in den letzten 50 Jahren in den westlich orientierten deutschsprachigen Ländern verbessert und in fast alle Bevölkerungsschichten verbreitet hat, sind Kenntnisse und domänenspezifischer Gebrauch der ersten Weltsprache Englisch, wenn auch noch nicht ganz so erfolgreich wie in west- und nordeuropäischen Ländern. Seit der Wende 1989/90, seit dem Ende des wenig erfolgreichen Zwangs zum Russischunterricht, wird in den neuen Bundesländern ebenso wie in ostmitteleuropäischen Ländern, selbst in der ehemaligen Sowjetunion, der Nachholbedarf in Englisch befriedigt. Diese einseitig auf die Erfolgssprache Englisch konzentrierte Entwicklung ging auf Kosten des Französischen und anderer direkter Nachbarsprachen, ebenso in Nordeuropa und Osteuropa. Vor dieser bequemen Einseitigkeit haben Harald Weinrich (1985, S. 311 ff.) und andere Linguisten eindringlich gewarnt. Die damit verbundene Geringschätzung der Nachbarsprachen habe auf die Dauer auch den Verfall des Interesses für Deutsch als Fremdsprache in der Welt ebenso wie in Mitteleuropa zur Folge, was in Frankreich direkt nachzuweisen sei.

So sind seit den 80er Jahren in Deutschland und Österreich zahlreiche Projekte zur Förderung der „Begegnung mit den Nachbarsprachen“ in Gang gebracht worden (Pelz 1989; Koschat/Wagner 1994; Sprachen Lernen ... 1994; Gellert-Novak 1993; Wodak/de Cillia 1995). Über deren unterschiedlichen Erfolg habe ich im Winter 1996/97 kurze Informationen von 22 Kollegen, Kolleginnen und Bekannten in Randregionen Deutschlands und Österreichs erbeten, denen ich für bereitwillige, vielseitige Antworten dankbar bin.

Bei dieser Umfrage ist deutlich geworden, daß in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland offizielle Bemühungen zu einer Vermehrung des Französischunterrichts geführt haben, auch in der Grundschule als „Begegnungssprache“ in praktisch-sachbezogenen oder spielerischen Formen und mit französischen Partnerschaftsbeziehungen. Das gleiche gilt für Niederländisch in Grenzregionen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens und Dänisch im nördlichen Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen z. B. lernten 1996 an 83 Schulen 5.755 Schüler Niederländisch, doppelt so viele wie im Jahre 1990, in Schleswig-Holstein 3.727 Dänisch. Weitaus niedriger liegen die Zahlen für slawische Sprachen in den neuen Bundesländern, in Bayern und Österreich. Trotz offizieller Bemühungen seit der Wende 1990 blieben Angebot und Nachfrage nach den östlichen Nachbarsprachen geringer. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ist Polnisch an einigen Schulen Unterrichtssprache in der bilingualen Oberstufe. Beachtlich sind die Projektschulergebnisse in Sachsen: Im Schuljahr 1995/96 lernten an 18 Grundschulen immerhin 955 Teilnehmende Tschechisch als Begegnungssprache, außerdem gab es Tschechisch als 2. oder 3. Fremdsprache an 4 Gymnasien und einigen Mittelschulen. In Österreich sind die Fremdsprachenkenntnisse allgemein zwischen 1974 und 1990 von 44% auf 62% der Bevölkerung im Alter von 15 bis 69 Jahren gestiegen. Das nach der Wende 1990 gestiegene Interesse für Nachbarsprachen, besonders an Volkshochschulen, ist (ebenso wie in Bayern) inzwischen wieder etwas zurückgegangen. In Schulpflichtfächern liegen neben 75,2% Englisch, 7,9% Französisch, 6,1% Latein, 1,9% Italienisch alle anderen Nachbarsprachen weit unter 0,5% (Wodak/de Cillia 1995, S. 41, S. 46). In Volkshochschulen sei die Nachfrage nach Italienisch und Magyarisch etwas stärker als die nach Tschechisch, am schwächsten die nach Slowakisch und Slowenisch (Muhr 1994). Einige bilinguale Schulprojekte sind eingeleitet (Koschat/Wagner 1994; Sprachen lernen ... 1994). In der Wirtschaft liegt die Nachfrage nach Fremdsprachen bei Stellenausschreibungen in Deutschland (mit 13,95%) an 6. Stelle nach Italien (24,37%), Spanien, Ungarn, Niederlande, Großbritannien (Glück 1995, S. 44).

Friedrich Kluges Glaube an das Deutsche mit „*Weltherrschaft im Geist und in der Wahrheit*“ erscheint heute am stärksten zerstört durch den auffälligen Rückgang von Deutsch als internationaler Wissenschaftssprache. Nach Ammons Auswertung der Forschungsliteratur (Ammon 1991, S. 212 ff.) gehörte Deutsch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, noch bis um 1920, zu den drei herausragenden Wissenschaftssprachen, auch in den Naturwissenschaften. Der Abstieg begann um 1930, parallel zum Rückgang des Französischen und zum rasanten Aufstieg des Englischen. Heute steht in den Naturwissenschaften Deutsch mit weitem Abstand hinter Englisch und Russisch, teils auch schon hinter Japanisch. Deutschsprachige Publikationen werden in den Naturwissenschaften, aber auch in einigen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern wie theoretische Linguistik, kaum mehr zur Kenntnis genommen. Deutsch erscheint in solchen Fächern zurückgestuft auf angewandte Wissenschaft, Lehrbücher, Fallstudien, populärwissenschaftliche Publizistik. Auch die skandinavischen Länder und die Niederlande haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg weitgehend vom traditionellen teilweisen Gebrauch des Deutschen als Wissenschaftssprache abgewandt und sind zum Englischen übergegangen, teil-

weise auch die Sowjetunion. In ostmitteleuropäischen Ländern ist zwar seit der Wende 1990 ein verstärktes Interesse für Deutsch vor allem bei internationalen Kongressen festzustellen. Aber neuere Untersuchungen haben gezeigt, daß überall die Jüngerer stärker zum Englischen neigen und Deutsch als *Lingua franca* eher in mehr alltäglichen, praktischen Domänen weiterbenutzt wird (Ammon 1991, S. 138 ff.; Földes, in Born/Stikkel 1993, S. 220 ff.). Der Wende-Boom sei rückläufig: „Ein Statusverlust des Deutschen in Mittel- und Osteuropa ist unübersehbar. Die Anfang der 90er Jahre überschäumende Nachfrage stagniert“ (Helmut Glück, in: F.A.Z. 14.12.1996, S. 11).

Als Ursachen für den Rückgang des Deutschen als Wissenschaftssprache führt Ammon (1991, S. 255 ff.) verschiedene Gründe an: Neben der Abwendung der west- und nordeuropäischen Nachbarländer vom Deutschen aus historisch-politischen Gründen sei er vor allem als innerwissenschaftlicher „Verdrängungsprozeß“ durch das Englische zu erklären, was er (nach Sabine Skudlik 1990, S. 319) anhand der Verminderung der Zahl deutschsprachiger Nobelpreisträger und deutschsprachiger naturwissenschaftlicher Publikationen nach Referatenorganen demonstriert. In einer etwas weiteren sprachenhistorischen Perspektive wäre aber im Anschluß an Harald Weinrich (1985) noch auf den langfristigen Konkurrenzprozeß hinzuweisen: Dem Gebot weltweiter kooperativer Wissenschaftskommunikation ohne Muttersprachvorteil wurde jahrhundertlang bis ins 18. Jahrhundert in der europäischen Welt durch das universale Latein Genüge getan, das niemandes Muttersprache war und unter dessen klerikal-akademischer Dominanz jedenfalls die Lateingebildeten aller Völker gleichberechtigt waren. Seit der Renaissance, vor allem seit der Aufklärung wurde daneben und dagegen die popularisierende Ersetzung des Lateins durch Volkssprachen betrieben. Daraus entstand in internationaler wissenschaftlicher Kommunikation die Konkurrenz zwischen Italienisch, Spanisch, Französisch, Niederländisch, Deutsch, Englisch usw., die mit Muttersprachvorteil und entsprechender Sprachlern-Nötigung der Anderen verbunden war. Zunächst hat sich Französisch als spätfeudale Herrschafts- und aufklärerische Modernisierungssprache auch in den Wissenschaften neben Latein durchgesetzt, wurde aber durch politischen Expansionismus seit der Revolution in den deutschsprachigen Ländern im Prestige sehr geschwächt. Im 19. Jahrhundert gingen dann die Deutschsprachigen zum gleichen nationalegoistischen Monolinguisimus über, hatten aber nur so lange Erfolg mit ihren wissenschaftlich vorbildlichen Leistungen, bis die beiden großen deutschsprachigen Staaten sprachimperialistisch unbeliebt geworden waren. Dies war die große Chance für das Englische, das jedenfalls in Mitteleuropa niemals mit dem Makel der Herrschaftssprache belastet war. Die immer stärkere Hinwendung zu Englisch als *Lingua franca* auch in den Wissenschaften ist also weithin auch als prinzipielle

Rückkehr zum kooperativen, noch nicht nationalegoistischen Zustand der alten lateinischen Wissenschaftskommunikation zu erklären, als Zeichen für das Ende des nationalistischen Zeitalters in diesem hochkulturellen Bereich, zumal das Welt-Englisch heute alles andere als eine Nationalsprache ist (Fishman u. a. 1996, S. 8, S. 20).

Die nach wie vor sehr schwache Stellung des Deutschen in internationaler politischer und diplomatischer Kommunikation dürfte den Kennern der historischen Entwicklung nichts Neues sein. Französisch (statt Latein) blieb trotz der Niederlagen Frankreichs 1813 und 1871 die unbestrittene Sprache der Diplomatie bis zum Ersten Weltkrieg. Erst bei den Pariser Verhandlungen und Verträgen 1919 trat Englisch mit Französisch in Konkurrenz. Deutsch war damals ebenso ausgeschlossen wie im Völkerbund, so auch in den Vereinten Nationen. Deutsch hatte niemals die Fürsprecher, die das Englische, trotz seiner restlichen Kolonialherrschaft, seit 1919 in aller Welt hatte (Ammon 1991, S. 290). Wie auf der IDS-Jahrestagung 1992 berichtet wurde (Born/Stickel 1993), ist die Lage noch heute für das Deutsche sehr ungünstig: In den Vereinten Nationen ist Deutsch trotz des Beitritts von 4 deutschsprachigen Staaten bis heute weder als Amts- noch als Arbeitssprache anerkannt, nur als „Dokumentensprache“ auf eigene Kosten der deutschsprachigen Länder. In den Europäischen Organisationen ist Deutsch zwar als Amts- und Arbeitssprache formal anerkannt, aber die Praxis ist, vor allem seit dem Beitritt Großbritanniens und anderer Länder, weit überwiegend auf Französisch und Englisch festgelegt, so daß Deutsch – zusammen mit Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Griechisch, Niederländisch, Dänisch – alles andere als gleichberechtigt ist (Ammon 1991, S. 308 ff.; Coulmas 1991; Debus 1994; Schloßmacher 1995).

Nun ist seit der Wende 1990 eine sprachenpolitisch brisante Situation in Europa entstanden: Es gibt wieder ein größeres Deutschland, Österreich ist der EG beigetreten und die von der Ostblockisolierung befreiten ostmitteleuropäischen Länder wollen beitreten. Länder, die – wie schon in einem Antrag deutscher, ungarischer und polnischer Abgeordneter des Europarats ohne Erfolg demonstriert – dazu neigen, auch Deutsch häufiger als Verhandlungs- und Arbeitssprache der EG zu verwenden. Genau dies befürchten aber die nichtdeutschsprachigen alten EG-Länder, nicht nur aus negativen historisch-politischen Erinnerungen an deutsche Hegemoniewirkungen, sondern auch aus verständlicher pragmatischer Abneigung gegen die enorme Kostenerhöhung durch weitere EG-Arbeitssprachen außer Englisch und Französisch, wobei zugleich z. B. auch über Spanisch, Portugiesisch oder Niederländisch entschieden werden mußte, später auch über ostmitteleuropäische Sprachen (Schröder 1992; Finkenstaedt/Schröder 1992). Auch die deutschen EG-Praktiker wissen dies genau und verhalten sich deshalb ebenso vorsichtig und partnerorientiert wie die Österreicher und die Deutschschweizer. So ist es nur allzu erklärlich, daß

gelegentliche Versuche einiger Bonner Spitzenpolitiker, mehr Deutsch als Arbeitssprache der EG zu erreichen, im westlichen Europa auf Nichtachtung, Spott oder Ablehnung stoßen (Stötzel/Wengeler 1995, S. 266 ff.; Debus 1994). Mit den Argumenten der größten Sprecherzahl, Wirtschaftskraft und Beitragshöhe und der Benachteiligung deutscher Mittelstandsfirmen – ohne an die gleiche Situation z. B. niederländischer, dänischer oder spanischer Firmen zu denken (Ammon 1991, S. 176 ff.) – wird nicht kooperative, partnerorientierte Sprachengesinnung demonstriert, sondern eher Ansätze zu traditionellem Nationalegoismus. Ohne Fürsprache und Bereitschaft der Partner ist das Fordern einer Aufwertung der eigenen Sprache nutzlos und kontraproduktiv. Die großen Chancen von Deutsch als euroregionaler Verkehrssprache können nicht durch offizielles deutsches Drängen, sondern allenfalls von den interessierten Nachbarländern her gefördert werden. Hierin stehen die Deutschsprachigen im postnationalistischen Zeitalter auf dem Prüfstand, vor der Frage, ob sie in über- und internationalen Sprachbeziehungen noch immer (oder wieder) zu Monolinguisismus, asymmetrischer Eigensprachdominanz und Muttersprachvorteil neigen, oder ob sie sich im neuen Europa durch Anerkennung der weltweiten Lingua-franca-Funktion des Englischen, Rücksicht auf die Sprachwahlinteressen der Partner und etwas mehr Gegenseitigkeit in Bezug auf Nachbarsprachen in den Kreis der verständigungsbereiten europäischen Völker einfügen. Aber der von Experten empfohlene Übergang vom einsprachigen Nationalstaat zur mehrsprachigen, sprachenteiligen, multikulturellen Gesellschaft ist ein langfristiger, schwieriger Prozeß für Generationen.

Literatur

- Althaus, Hans Peter (1995): Zocker, Zoff & Zores. Zur Integration von Jiddismen ins Deutsche. Trier. (Privatdruck).
- Ammon, Ulrich (1991): Die internationale Stellung der deutschen Sprache. Berlin / New York.
- Ammon, Ulrich (1995): Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten. Berlin / New York.
- Ammon, Ulrich (1996): The European Union: Status change of English during the last fifty years. In: Fishman u. a. (eds.), S. 241–267.
- Besch, Werner / Reichmann, Oskar / Sonderegger, Stefan (Hg.) (1985): Sprachgeschichte. Berlin / New York.
- Born, Joachim / Dickgießer, Sylvia (Hg.) (1989): Deutschsprachige Minderheiten. Ein Überblick über den Stand der Forschung für 27 Länder. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hg. v. IDS. Mannheim.
- Born, Joachim / Stickel, Gerhard (Hg.) (1993): Deutsch als Verkehrssprache in Europa. Berlin / New York. (IDS-Jahrbuch 1992).
- Born, Karl Erich (1994): Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg. 15. Aufl. München. (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16).

- Calvet, Louis-Jean (1978): *Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus*. Aus d. Franz. v. Peter Hagemeister. Berlin.
- Christ, Herbert (1991): *Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000. Sprachenpolitische Betrachtungen zum Lehren und Lernen fremder Sprachen*. Tübingen.
- Christ, Herbert / Liebe, Elisabeth (Hg.) (1981): *Fremdsprachenunterricht in amtlichen Verlautbarungen*. Augsburg.
- Christ, Herbert u. a. (Hg.) (1980): *Fremdsprachenpolitik in Europa. Homburger Empfehlungen für eine sprachenteilige Gesellschaft*. Augsburg.
- Clyne, Michael (1995): *The German language in a changing Europe*. Cambridge.
- Cobet, Christoph (1973): *Der Wortschatz des Antisemitismus in der Bismarckzeit*. München.
- Conrad, Claus (1993): *Multikulturelle Tiroler Identität oder 'deutsches' Tirolertum? Zu den Rahmenbedingungen des Deutschunterrichts im südlichen Tirol während der österreichisch-ungarischen Monarchie*. In: Baumann, Jürgen / Günther, Hartmut / Knoop, Ulrich (Hg.): *Homo scribens. Perspektiven der Schriftlichkeitsforschung*. Tübingen. S. 273–298.
- Coulmas, Florian (1991): *Die Sprachenregelung in den Organen der EG als Teil einer europäischen Sprachenpolitik*. In: *Sociolinguistica* 5, S. 24–36.
- Debus, Friedhelm (1994): *Sprachenprobleme im Vereinigten Europa*. In: *Veröffentlichungen der Joachim-Jungius-Gesellschaft d. Wiss. Hamburg* 77, S. 47–61.
- Dostert, Paul (1985): *Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die volksdeutsche Bewegung 1940–45. Luxemburg*.
- Düwell, Kurt (1976): *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente*. Köln / Wien.
- Düwell, Kurt / Link, Werner (Hg.) (1981): *Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Struktur*. Köln / Wien.
- Eichinger, Ludwig M. (1991): *Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten im 19. Jahrhundert*. In: *Forum ...*, S. 95–105.
- Finkenstaedt, Thomas / Schröder, Konrad (1992): *Sprachen im Europa von morgen*. Berlin usw.
- Fishman, Joshua A. / Conrad, Andrew W. / Rubal-Lopez, Alma (eds.) (1996): *Post-Imperial English. Status Change in former British and American Colonies, 1940–1990*. Berlin / New York.
- Forum: *Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten im 19. Jahrhundert*. In: Wimmer (Hg.) (1991), S. 95–184.
- Gellert-Novak, Anne (1993): *Europäische Sprachenpolitik und Euroregionen. Ergebnisse einer Befragung zur Stellung der englischen und deutschen Sprache in Grenzgebieten*. Tübingen.
- Gessinger, Joachim (1991): *Preußen*. In: *Forum ...*, S. 106–124.
- Glück, Helmut (1979): *Die preußisch-polnische Sprachenpolitik. Eine Studie [...] am Beispiel der preußisch-deutschen Politik gegenüber der polnischen Minderheit vor 1914*. Hamburg.
- Glück, Helmut (1995): *Fremdsprachenkenntnisse als Berufsqualifikation in Europa*. In: Bergmann, Rolf (Hg.): *Germanistik und Kommunikationswissenschaft*. Bamberg. S. 43–45.
- Haider, Markus Erwin (1996): *Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866–1938*. Typoskript. Salzburg.
- Hartweg, Frédéric (1985): *Die Entwicklung des Verhältnisses von Mundart, deutscher und französischer Standardsprache im Elsaß seit dem 16. Jahrhundert*. In: Besch u. a. (Hg.), S. 1949–1976.

- Hartweg, Frédéric (1987): Die Sprachsituation im Elsaß zwischen 1870 und 1918. In: Beiträge zur Erforschung der deutschen Sprache 7, S. 127–145.
- Hartweg, Frédéric (1988): Sprachpolitik, Sprachideologie und Französische Revolution im Elsaß. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung 41, S. 199–207.
- Hartweg, Frédéric (1991): Elsaß. In: Forum ..., S. 136–163.
- Hobsbawn, Eric J. (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Aus dem Englischen von Udo Rennert. Frankfurt/M.
- Hoffmann, Fernand (1979): Sprachen in Luxemburg. Sprachwissenschaftliche und literarhistorische Beschreibung einer Triglossie-Situation. Luxembourg / Wiesbaden.
- Hutterer, Claus Jürgen (1991): k. u. k. Monarchie. In: Forum ..., S. 164–171.
- Kloosterhuis, Jürgen (1981): Deutsche auswärtige Kulturpolitik und ihre Trägergruppen vor dem ersten Weltkrieg. In: Düwell/Link (Hg.), S. 8–45.
- Kluge, Friedrich (1920): Deutsche Sprachgeschichte. Werden und Wachsen unserer Muttersprache von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Leipzig.
- Koschat, Franz / Wagner, Gottfried (Hg.) (1994): Bilinguale Schulen. Lernen in zwei Sprachen. Bildungsk Kooperation mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Bilingualer Unterricht in Österreich. Wien.
- Muhr, Rudolf (1994): Die Nachbarsprachen im Alpen-Adria-Raum. Die Suche nach alten und neuen Gemeinsamkeiten. In: Spillner, Bernd (Hg.): Nachbarsprachen in Europa. Frankfurt/M. usw. S. 143–151.
- Munske, Horst H. (1988): Ist das Deutsche eine Mischsprache? Die Stellung der Fremdwörter im deutschen Sprachsystem. In: Munske, Horst H. u. a. (Hg.): Deutscher Wortschatz. Berlin / New York. S. 46–74.
- Oschlies, Wolf (1990): Die Sorben – slawisches Volk im Osten Deutschlands. Bonn.
- Pelz, Manfred (Hg.) (1989): Lerne die Sprache des Nachbarn. Grenzüberschreitende Spracharbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Frankfurt/M.
- Petersen, Thomas Peter (1995): Preußens Sprachpolitik in Nordschleswig. Diss. Münster.
- Phillipson, Robert (1992): Linguistic imperialism. Oxford.
- Polenz, Peter von (1991/94): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd. I: 15. und 16. Jh. Berlin / New York. Bd. II: 17. und 18. Jh. Berlin / New York.
- Schloßmacher, Michael (1995): Zum Gebrauch von Deutsch in den Organen der EU. In: Deutsche Sprache 23, S. 219–239.
- Schmid, Georg (1990): ... sagen die Deutschen. Annäherung an eine Geschichte des Sprachimperialismus. In: Rathkolb, Oliver u. a. (Hg.): Österreich und Deutschlands Größe. Salzburg. S. 23–34.
- Schmidt, Hartmut (1991): Deutschland 1848 – Vaterland der Germanisten? Anfragen im März 1990. In: Wimmer (Hg.), S. 283–290.
- Schreiner, Sabine (1992): Sprachenlernen in Lebensgeschichten der Goethezeit. München.
- Schröder, Konrad (1989): Über Volkshaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache. Zur historischen Dimension des Schulsprachenstreites Englisch-Französisch, unter besonderer Berücksichtigung der nachnapoleonischen Zeit. In: Kleinschmidt, Eberhard (Hg.): Fremdsprachenunterricht zwischen Sprachenpolitik und Praxis. Tübingen. S. 58–70.
- Schröder, Konrad (1992): Fremdsprachen im Europäischen Haus. Frankfurt.
- Simon, Gerd (Hg.) (1979): Sprachwissenschaft und politisches Engagement. Zur Problem- und Sozialgeschichte einiger sprachtheoretischer, sprachdidakti-

- scher und sprachpflegerischer Ansätze in der Germanistik des 19. und 20. Jahrhunderts. Weinheim.
- Simon, Gerd (1986): Freiheitsentzug für Sprachsünder. Zum einhundertjährigen Jubiläum der Zeitschrift „Muttersprache“. In: *Umbruch* 6, 5–6, S. 15–18.
- Simon, Gerd (1989): Sprachpflege im 'Dritten Reich'. In: Ehlich, Konrad (Hg.): *Sprache im Faschismus*. Frankfurt/M. S. 58–86.
- Skudlik, Sabine (1990): Sprachen in der Wissenschaft. Deutsch und Englisch in der internationalen Kommunikation. Tübingen.
- Sonderegger, Stefan (1985): Die Entwicklung des Verhältnisses von Standardsprache und Mundarten in der deutschen Schweiz. In: Besch u. a. (Hg.), S. 1873–1939.
- Sprachen Lernen – Menschen Verstehen: Eine Herausforderung. (1994). Hg. v. Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien.
- Stötzl, Georg / Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin / New York.
- Sutter, Berthold (1960): Die Badenischen Sprachverordnungen von 1897. 2 Bde. Graz / Köln.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. III: 1849–1914. München.
- Weinrich, Harald (1985): Wege der Sprachkultur. Stuttgart.
- Wimmer, Rainer (Hg.) (1991): Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. Berlin / New York. (IDS-Jahrbuch 1990).
- Wodak, Ruth / de Cillia, Rudolf (Hg.) (1995): Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa. Wien.